



# NEWSLETTER



KAS MADRID

16. NOVEMBER 2011

AUSLANDSBÜRO FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

NEWSLETTER  
MADRID AKTUELL  
NOVEMBER 2011

THOMAS BERND STEHLING  
[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

## Spanien will den Wechsel wählen

Inmitten einer sich weiter zuspitzenden Situation auf den internationalen Finanzmärkten finden am kommenden Sonntag (20. November) in Spanien die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zum Senat statt. Sie waren von Ministerpräsident Zapatero nach sieben Regierungsjahren vom Frühjahr 2012 vorgezogen worden, weil es der gegenwärtigen Administration nicht mehr gelungen war, weder die Gläubiger Spaniens noch die eigene Bevölkerung davon zu überzeugen, dass sie das Land aus der tiefsten Krise seiner jungen demokratischen Geschichte herausführen kann.

Schon die Auktionen weiterer Bonds werden in diesen Tagen zeigen, ob die Wahlen und der dabei erwartete Regierungswechsel an dieser Ausgangslage etwas ändern können. Die Reaktion der Märkte auf die Wechsel in Griechenland und Italien weisen die Richtung.

Die panikartigen Verkäufe von Staatsanleihen und Zinssätze in bislang unbekannter Höhe lassen wenig Raum für die gewohnten Transitionsprozesse. Wie sowohl die aus dem Amt scheidende Regierung Zapatero als auch Mariano Rajoy und sein Team auf diese Turbulenzen reagieren, wird die politische und finanzielle Kreditwürdigkeit Spaniens beeinflussen. Schon für Sonntagabend und Montag sind deshalb entsprechende Erklärungen zu erwarten.

Glaubt man den Umfragen, sind die Wahlen zu beiden Kammern bereits entschieden. Vorausgesagt werden dem Partido Popular eine deutliche bis absolute Mehrheit.

Der Unterschied zwischen den beiden möglichen Ergebnissen wird sich nicht unerheblich auf den Kurs der nächsten spanischen Regierung auswirken: Eine absolute Mehrheit würde dem PP nach den großen Gewinnen bei den Kommunal- und Regionalwahlen im Mai eine nahezu umfassende

Kontrolle und politische Gestaltungsfreiheit verschaffen, wie sie das demokratische Spanien bisher noch nicht gekannt hat. Unter den großen Regionen wird nur noch Andalusien von den Sozialisten regiert. Dort stehen im März 2012 Neuwahlen an.

Wäre der künftige Regierungschef Mariano Rajoy dagegen auf einen Koalitionspartner oder aber, wie der gegenwärtige sozialistische Ministerpräsident Zapatero, als Chef einer Minderheitsregierung auf die fallweise Unterstützung einzelner Gesetzesvorhaben angewiesen, würden die Chancen sinken, das weitere Auseinanderdriften des Landes durch die beständige Rücksichtnahme auf die Partikularinteressen regionaler Parteien und Bündnisse zu stoppen und damit gegen eine der Ursachen der politischen Instabilität und des strukturellen Defizits anzugehen.

Es ist auch die Vorsicht im Blick auf diese unterschiedlichen Alternativen, die Rajoy nur zögerlich öffentlich anerkennen lässt, dass er nach der Konstituierung des neugewählten Congreso de los Diputados am 13. Dezember die Regierung bilden können, die Spanien aus einer tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise herauszuführen hat.

Dass bis heute wichtige Details der künftigen Regierungspolitik vage bleiben und bis wenige Tage vor der Wahl keines der wichtigen Ministerien weniger als zumindest drei denkbaren Kandidaten zugeordnet werden kann, ist neben dem galizischen Temperament Rajoys auch seiner Absicht zuzuschreiben, nahezu alles zu unterlassen, was die Unterstützung für seinen Wahlsieg schmälern könnte.

Auch wenn seine Kampagne weitgehend von der Unzufriedenheit über Zapatero und dessen Regierungszeit lebt, vermeidet Rajoy im Angriff auf die Sozialisten das scharfe Schwert. Er braucht die absolute Mehrheit, um die Veränderungen herbei-

zuführen, die Spanien aus der Depression befreien, die Arbeitslosigkeit und der allgemein diagnostizierte Geltungsverlust des Landes verursacht haben. Und er weiß, dass er die Spaltung des Landes nur überwinden können, wenn er im Wahlkampf und in der Zeit danach weder im Stil noch in der Sache Wunden schlägt, deren Heilung Zeit und Kraft kosten.

So ist es bemerkenswert, dass der lange Zeit so hochmögliche und polarisierende Ministerpräsident Zapatero und der so oft unterlegene und verletzte Oppositionsführer Rajoy in den letzten Monaten ihres jeweiligen Amtes zu einer Form der Zusammenarbeit gefunden haben, die nicht nur mit der Einführung einer „Schuldenbremse“ zu einer der wenigen Verfassungsänderungen geführt hat, auf die sich Regierung und Opposition seit der Überwindung der Franco-Diktatur haben verständigen können, sondern auch an einem Übergang der Regierungsgeschäfte arbeiten, der die Interessen des Landes im Vordergrund hat.

Rajoy weiß, dass eine nach links rückende Sozialistische Partei, die ihr Heil im Kampf gegen jetzt anstehende Reformen und in der Mobilisierung der Straße sucht und ihre Nähe zu den Gewerkschaften nicht zur Mäßigung und Konsensbildung nutzt, Spanien in Turbulenzen führen kann, die das Land nicht voranbringen.

„Maß und Mitte“ beim PP wie auch PSOE sind deshalb gleichermaßen wesentlicher Teil der Voraussetzungen für einen Neubeginn.

Nach einem, gemessen an der Dramatik der spanischen Wirtschafts- und Finanzdaten bemerkenswert lauen und blutleeren Wahlkampf, wird der erste Test dafür die „Eröffnungsbilanz“ der neuen spanischen Regierung sein sowie Form und Inhalt der Reaktionen darauf.

Zwar hat der Spitzenkandidat der Sozialisten, der bisherige Vize-Regierungschef, Innenminister und Regierungssprecher Alfredo Pérez Rubalcaba, der seit 1982 verschiedenen PSOE-geführten Regierungen in führender Position angehörte, aber sich und seine politische Vita in den letzten Wochen mit einem Ruck nach links neu zu schreiben trachtete, pflichtgemäß Rajoy vorgeworfen, er wolle von den Arbeitnehmerrechten bis hin zur Gesundheitsversorgung nahezu alle sozialen Errungenschaften beseitigen.

Allerdings wird er nach der Wahl im Auge haben müssen, mit welcher Begründung Zapatero sich veranlasst sah, vorzeitige Neuwahlen anzusetzen: Angesichts der Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten brauche Spanien jetzt eine stabile Regierung.

Für diese Stabilität könnten Kompromisse sorgen, die nach Bewertung von Interessenlage und offizieller Programmatik von PSOE und PP nicht ausgeschlossen sind.

Dabei wird es insbesondere um die richtigen Schritte zur Überwindung der geradezu skandalös hohen Arbeitslosigkeit bei den unter 26jährigen gehen müssen, wo nahezu jeder zweite Jugendliche ohne berufliche Perspektive ist.

Insgesamt ist die Zahl der Arbeitslosen auf fast fünf Millionen gestiegen, allein im Oktober kamen noch einmal 134.000 dazu. 21,8% der Spanier leben mittlerweile unter der Armutsgrenze (60% des Durchschnittseinkommens), besonders schlimm ist es in Extremadura (38%) und auf den Kanarischen Inseln (31%).

Die entschlossene Fortführung und Ergänzung der bereits unter Zapatero begonnenen Arbeitsmarktreform und die Senkung der hohen Sozialausgaben werden deshalb auf der Agenda für die ersten 100 Tage stehen, ebenso wie ein Gesetz zur Haushaltsstabilität und die Ankündigung von Privatisierungen und Einsparungen der öffentlichen Hand durch den Abbau von Parallelstrukturen im nationalen und regionalen Verwaltungsaufbau.

Rajoy wird seine im Detail noch weitgehend unbekanntten Pläne dazu vor der Weihnachtspause vorstellen. Wie und mit welcher Mannschaft er das Programm der neuen Regierung präsentiert, wird mit darüber entscheiden, ob er einen Vertrauensvorschuss und die Unterstützung im Parlament, bei den Spaniern und den europäischen Partnern sowie auf den internationalen Finanzmärkten bekommt. Dies sind Voraussetzungen für den Zeitgewinn, den Rajoy benötigen wird, um die tiefgreifenden Veränderungen zu beginnen, die Spanien braucht, um den Platz in Europa und der Welt zu finden, den es sich selbst zuordnet.

## Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.  
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung  
c/ Villanueva 34, 2º Dcha.  
28001 Madrid  
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02  
Fax +34 91 575 60 66  
[info@fka-madrid.org](mailto:info@fka-madrid.org)  
[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)